

Rede Konstituierende Stadtverordnetenversammlung, 20. April 2020

Jens Matthias, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Sperrvermerk bis 20. April 2021, 18.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir sollen heute hier über die Änderung der Hauptsatz beschließen. Ich möchte Ihnen erläutern, warum wir dieser Änderung nicht zustimmen werden. Die Gründe für unsere Ablehnung liegen im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD, in dem die Vergrößerung des Magistrats beschrieben wird.

In dem Koalitionsvertrag wird der kleinen FDP ganz ohne Koalitionsbeteiligung ein Magistratspöstchen zugeschustert. 3 Sitze hat die FDP im Parlament. 6,5% der Stimmen. Und was wurden in der Vergangenheit für Verrenkungen gemacht, damit die Grünen weder bei 8%, noch bei 16% der Stimmen ein Magistratsplatz bekommen.

Und jetzt soll Jörg-Uwe Hahn ein Platz im Magistrat bekommen. Warum nur?

Die Antwort findet man im Koalitionsvertrag. Es soll nämlich alles beim Alten bleiben. Liest man den Koalitionsvertrag spürt man es förmlich. Nichts ändern. Weitermachen wie bisher. Zeile für Zeile Beharrung auf dem Status quo.

Und dass, obwohl der Vertrag mit mehreren Versprechen beginnt: Lebendig, solidarisch, nachhaltig und Bad Vilbel wächst zusammen. Schauen wir mal, ob der Vertrag seine Versprechen einlöst und Lösungen für die Probleme in unserer Stadt aufzeigt.

Die Koalition möchte „klug auf den Klimawandel“ reagieren, Mobilität und Nachhaltigkeit zusammenführen, Familienfreundlichkeit zum Markenzeichen unserer Stadt machen und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die Zukunft gestalten.

Schöne Worte.

Klug auf den Klimawandel reagieren. Das Wort Klimawandel kommt im CDU Wahlprogramm genau einmal vor. Ganz hinten bei den Ortsteilen. In Dortelweil. Im SPD Wahlprogramm ist Klimaschutz und Umwelt Kapitel sieben. Aber jetzt im Koalitionsvertrag hat es das Thema plötzlich auf Platz eins geschafft.

Wollte die SPD noch in ihrem Wahlprogramm 2035 ein klimaneutrales Bad Vilbel, wir jetzt nur noch vereinbart, dass Bad Vilbel vor 2050 klimaneutral wird. Also irgendwann zwischen jetzt und in 29 Jahren.

Aber es soll eine Stabstelle Umwelt- und Klimaschutz geben. Was diese Stelle machen soll bleibt unklar, aber es gibt angeblich Fördermittel vom Bund. Also machen sie das.

Der Stadtwald wird zukünftig in der geheim tagenden Umweltkommission beraten und die Energieeffizienz, eines der wichtigsten Maßnahmen zur Reduktion des CO₂ Ausstoßes, soll nur in städtischen Gebäuden durch die Nachrüstung von Photovoltaik- und Solarthermie erreicht werden. Das ist weder weder klug, noch ausreichend.

Wenn es um die Zukunft unserer Kinder, um das Überleben auf dem Planeten geht, muss man mutig sein, kraftvoll und nicht zögerlich.

Maßnahmen zum Klimaschutz mit Wums sind notwendig. Hessische Klimaschutzkommune werden, das wäre konkret. Angebote für Hauseigentümern zu Dämmung ihrer Häuser, um den CO₂ Ausschuss nachhaltig zu senken, das bringt etwas. Ein Grüngürtel um Bad Vilbel, um Natur und Artenvielfalt zu sichern. Eine Baumpflugesatzung vereinbaren, damit städtischen und privaten Bäumen erhalten bleiben. Den Wingert ausbauen. Das hilft gegen den Klimawandel.

Nichts davon in Ihrem Koalitionsvertrag.

Und was sind ihre Antworten auf den Verkehrsinfarkt in unserer Stadt? Die Antwort lesen wir im Koalitionsvertrag: Ein zweijährigen Modellversuch für den Vilbus. Damit dieser auch abends und am Wochenende fährt. Eine Südumgehung für noch mehr Autos und Achtung! das Radverkehrskonzept soll fortgeschrieben werden.

Wow, das wird die Probleme lösen. Wo sind ihre Antworten wie sie den motorisierten Individualverkehr reduzieren wollen? Wo ist ihr Commitment für langfristigen Ausbau des ÖPNVs? Wo sind ihre Antworten auf die Chancen, die die neue Fahrradbegeisterung bietet? Nirgends.

Wenigstens machen sie sich ein paar grüne Themen zu eigen. Dafür gebührt ihnen Lob: Autofreies Wochenende auf der Frankfurter Straße. Bravo. Ausbau VilCar Carsharing Angebot. Bravo. Ladesäulen in den Stadtteilen. Sehr gut.

Aber kommen wir zum vielleicht wichtigsten Thema: Zusammenleben in Bad Vilbel, Soziales und Zusammenwachsen in der Stadt.

Erst in den letzten Haushaltsberatung haben wir einen eine/n hauptamtlichen Sozialdezernenten gefordert. Der Antrag wurde, wie in den Vorjahren auch, abgelehnt. Auch von der SPD. Und jetzt soll es einen hauptamtlichen Sozialdezernenten/in für die SPD geben. Das nenne ich stringente Politik. Chapeau.

Aber viel schlimmer als das schlingerförmige Abstimmungsverhalten der SPD ist, dass wir jetzt zwar eine/n Sozialdezernenten/in bekommen, aber wir wissen nicht wofür. Die Aufgaben im Sozialen sind riesig und sie geben keine Antworten. Nicht neues im Vertrag.

Ja, die Betreuungsplätze in den Kitas werden erhöht. Eine Selbstverständlichkeit, wenn die Stadt um mehr 3.500 Einwohner wächst. Kitas dürfen zukünftig ein eigenes Profil haben. Eine Selbstverständlichkeit seit dem KiFög. Kita sollen gesundes, biologisches und aus

regionalen Produkten gekochtes Essen bekommen. Was denn sonst? Und freie Träger werden auch zukünftig finanziell unterstützt. Das ist die aktuelle Gesetzeslage.

Aber auf die wichtigste Frage im Bereich der Kinderbetreuung geben sie keine Antwort. Wie wollen sie die offenen Erzieher*innenstellen besetzen. Sind es zur Zeit 35 oder vielleicht schon 50 Stellen, die nicht besetzt sind? Was fällt ihnen ein um, diese Stellen zu besetzen? Wie wollen sie die Qualität der frühkindlichen Bildung sicherstellen, wenn sie nicht genug Personal haben? Keine Antworten.

Jugendarbeit heißt in dieser Koalition, alles wie bisher. Nichts ändern. Dass die Konzepte der Jugendarbeit in Bad Vilbel, die auf Angebote einer Fahrradwerkstatt und billige Pommes im JUZ reduziert werden können, nicht mehr ausreichen, um die Jugendliche zu erreichen und um mit den Problemen, die Jugendlichen haben, umzugehen, haben sie noch nicht gemerkt. Schlimmer noch. Den Probleme mit Jugendlichen, die sich abends auf Parkbänken treffen, will man mit Ordnungspolizisten begegnen. Jugendliche brauchen Sozialarbeiter, auch abends offene Jugendhäuser, Gespräche über immer gefährlichere Drogen, die aus Frankfurt nach Bad Vilbel drängen, nicht Polizei und Law and Order.

Sie schreiben, dass Familienfreundlichkeit das Markenzeichen von Bad Vilbel werden soll. Aber wie denn? Mit zu wenig Erzieherinnen? Mit drei neuen Spielplätzen bei über 3.000 neuen Bürgern? Warum sind sie nicht so mutig, Bad Vilbel als „kinderfreundliche Stadt“ zertifizieren zu lassen. Warum sind sie nicht bereit Erzieher*innen attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten?

Aber zum Sozialen gehört auch das Zusammenwachsen und das Zusammenspiel mit der aktiven Bürgergesellschaft. Der Titel ihres Vertrags heißt: „Bad Vilbel wächst zusammen“. Erst auf Seite 20, unter dem Hessentag findet man dazu etwas. „Wir wollen den Hessentag nutzen, dass Bad Vilbel enger zusammenwächst“. Bürgerversammlungen und Bürgerdialog werden gar nicht erwähnt. Der neu einzurichtende Sonderfachdienst Kommunikation soll helfen die Segnungen der Regierung Bürgergesellschaft zu erklären und schmackhaft zu machen. So nicht. Mit den Bürgern reden, nicht sie zutexten.

Und liebe Stadtverordnete und liebe Bürger*innen dann gibt es in dem Vertrag noch eine, aus unserer Sicht, sehr problematische Passage. Das Zusammenleben verschiedener Nationen in Bad Vilbel soll gefördert werden. Wir sind mit einem einstimmigen Beschluss in der letzten Legislatur der Charta der Vielfalt beigetreten. Aber wir sind nicht der Charta beigetreten, um jetzt zu lesen, dass eine Grundvoraussetzung für das Zusammenleben in Bad Vilbel die Beherrschung der deutschen Sprache ist.

Darf in Bad Vilbel nur leben, wer deutsch kann? Haben wir nicht eine europäische Schule, haben sie sich nicht gerade gefeiert für die Internationalität, die im Namen der neuen Stadthalle VilCo (Co für das englischen conference) Ausdruck findet. Und jetzt das. Heißt das für sie Vielfalt?

Was sind ihre Angebote für Menschen, die hier leben und Deutsch lernen wollen? Wieviel tun sie für die Integration? Außer ihrer Unterstützung des Flüchtlingshilfevereins? Was tut diese Koalition konkret um die Vielfalt in dieser Stadt zu schützen und zu fördern?

Und noch schlimmer. Dieser Satz steht im Kapitel Zusammenleben in Bad Vilbel. Im Kapitel in dem das Zusammenleben vieler Nationen und die Integration von Menschen mit ausländischer Herkunft beschrieben wird. Ein solcher Satz kann, gerade in diesen Zeiten sehr falsch verstanden werden. Alle Demokraten sehen die wachsende Gefahr von rechts. Sehen die extremistischen Züge, den erstarkenden Rechtsradikalismus.

Darauf gibt der Vertrag keine Antworten.

Zum letzten Thema. Die CDU hat offensichtlich allergrößte Sorgen, dass die Geschlossenheit der Koalition nicht hält. Unter dem Stichwort Stabilität werden etliche Regeln eingezogen, die ein Abweichen von der Koalitionslinie verhindern sollen. Vor allen Sitzungen will man sich gemeinsam treffen und abstimmen, keine Anträge einzelner Koalitionsparteien und wenn jemand von seinem unabhängigen Mandat Gebrauch macht und nicht brav mitstimmt, dann ist bricht die Koalition auseinander. Stabilität durch Kontrolle. Nicht durch Vertrauen. Ob das eine gute Grundlage ist? Wir werden sehen. Und für die Zuhörer im Saal: 30% der SPD Mitglieder haben den Koalitionsvertrag abgelehnt. Es bleibt also spannend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen die Vergrößerung des Magistrats ab. Der Magistrat soll vergrößert werden, damit diese Koalition zusammen mit der FDP auf Basis des Koalitionsvertrags weitermachen kann wie bisher. Einem Vertrag, der Bad Vilbel nicht weiterbringt, weder in der Klimapolitik, noch im Sozialen, nicht in der Verkehrswende, noch im Miteinander, noch im Dialog mit den Bürger*innen. Einem Vertrag, der im Allgemeinen und vagen gehalten ist. Einem Vertrag aus „sollen, wollen, prüfen“ besteht.

Die Bürger*innen und DIE GRÜNEN werden sie nicht an diesem Vertrag messen, sondern daran, ob sie die Probleme in Bad Vilbel angehen und lösen.

Vielen Dank.